



Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# Bürger\*innenbrief

29. Mai 2024

Glückwünsche +++ Klare Kante gegen Rechts +++ Großdemo am 7. Juni +++ Europawahl am 9. Juni +++ Ohmoo-Studie zur Mietenentwicklung +++ Digitale Mobilität +++ Schulbau in Hamburg +++ Tipps und Termine +++ Hamburger Steuerfahnder\*innen +++ Unbesetzte Stellen in den Behörden +++ Ansprache zum 8. Mai 2024 +++ Kulturipp: 100. Benefiz-Lesung fürs Ledigenheim + Kulturipp: Denk mal am Ort

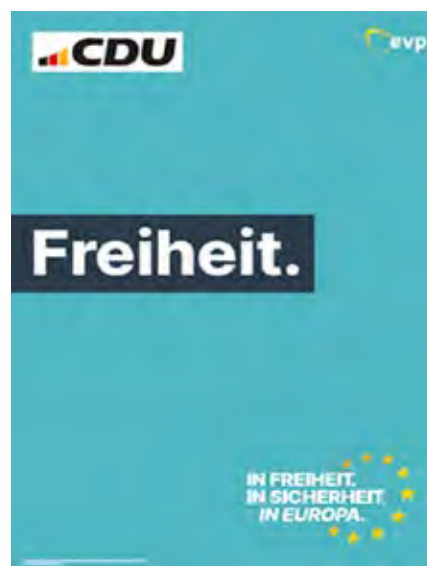
**BB ganz innovativ: Wir machen Wahlwerbung für die anderen Gruppierungen!<sup>1</sup>**



Die FDP  
**Wie & wo?**



Die Partei für Verjüngung  
**Skurri!**



Die CDU  
**Meint was?**

## Liebe Leserinnen und Leser,

es ist wieder einmal an der Zeit, Zwischenbilanz zu ziehen. Dazu halten uns die Wahlen zu den sieben Hamburger Bezirksversammlungen und zum Europäischen Parlament am 9. Juni an. Wir sind schon ein wenig angespannt, ob sich der gegenwärtige Bundestrend auch in Hamburg niederschlägt und DIE LINKE an Stimmen und damit an Einfluss verlieren wird. Droht etwa, dass eine der größten Errungenschaften der deutschen Linken in der Nachkriegszeit, eine dauerhafte Präsenz in den Parlamenten, nach und nach verloren geht?

Nicht nur wir ziehen Bilanz, auch die Leser\*innen unseres BB, die hamburgische Bevölkerung ab 16 Jahren überhaupt, wird sich die Frage stellen, wie sie die aktuelle Poli-

tik auf Hamburger, wohl auch auf bundesdeutscher und auf jeden Fall auf europäischer Ebene einschätzen, welche Kritik sie haben und wo sie sich am besten – nun ja – aufgehoben oder vertreten sehen. Zugegeben, es dürfte gar nicht so einfach sein, eine dezidierte Haltung zu den Parteien und Fraktionen im EU-Parlament einzunehmen, da wird wahrscheinlich meist die Erfahrung vor Ort bzw. in unserem Land den Ausschlag geben. Wie auch immer, bei allen Fehlern, die wir als LINKE machen, bei allen Konflikten der vergangenen Jahre, setzen wir doch darauf, dass viele Menschen, viele Mitstreiter\*innen aus den Bewegungen und Initiativen, Nachbar\*innen und Bürger\*innen den Sinn, den Nutzen und die

<sup>1</sup> **Zum FDP-Plakat:** Laut »Mietenspiegel 2023« liegen die Nettokaltmieten bei den seit 2016 gebauten Wohnungen in allen Kategorien um einige Euro über den vorher fertiggestellten. Also Neubau und niedrige Mieten ist Quatsch. Und für Sozialwohnungen hat die FDP eh nicht viel übrig.

**Zum Plakat der »Partei für schulmedizinische Verjüngungsforschung«:** So was von skurri!, da erübrigt sich jeder Kommentar.

**Zum CDU-Plakat:** Die ewig gleich Hohlformel, von der »Freiheit statt Sozialismus« der 1970er-Jahre zur »Freiheit« der 2020er-Jahre an sich: [www.shop.cdu.de/Plakat-Set-EW-Papierplakate/EW-810-P-Set](http://www.shop.cdu.de/Plakat-Set-EW-Papierplakate/EW-810-P-Set).

Notwendigkeit einer auch parlamentarischen linken Opposition weiterhin anerkennen werden: Für eine sozial gerechte Gesellschaft und eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für eine nachhaltige Politik zur Rettung des Klimas und damit unseres Erdballs, für Frieden, Verhandlungen und Abrüstung getreu dem Motto, nicht kriegstüchtig, sondern friedensfähig zu sein.

Ach ja, und zwei Glückwünsche wollen wir an dieser Stelle schon noch los werden. Zum einen freuen wir uns für den die Spieler, die Fans und den FC St. Pauli, der nach 13 Jahren wieder in die Erste Bundesliga aufsteigt und am letzten Spieltag auch noch den Sieg in der Zweiten Liga klarmachen konnte. »Der Aufstieg ist politisch«, titelte die »TAZ« am 20. Mai online



(taz.de/Fanfestival-und-Demokratiedemo/!6008852/) und unterstrich das Großartige, was diesen Verein prägt und so sympathisch macht.

Zum anderen schicken wir auf diesem Wege genau 80 Rosen an Joachim Bischoff anlässlich seines runden Geburtstages am 28. Mai.

Joachim ist einer der Mitbegründer\*innen unserer Partei und einer der bedeutendsten Impulsgeber\*innen, die DIE LINKE in Deutschland zusammengeführt haben. Und er hat 2008, gleich nach seiner Wahl in die Hamburgische Bürgerschaft, den »Bürgerbrief« begründet, dessen 206.

Ausgabe nun allen buchstäblich vor Augen ist. Herzlichen Glückwunsch, lieber Joachim, Gesundheit und noch viele Kapital-Kurse!

Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass  
Heike Sudmann und Michael Joho

### Und noch ein paar Wahlplakate-Blüten, die zum Nachdenken anregen<sup>1</sup>



Die SPD  
**Tatsächlich?**



Das BSW  
**Meint was?**



Die GRÜNEN  
**Nun ja!**

<sup>1</sup> **Zum SPD-Plakat:** Von wegen »starker sozialer Wohnungsbau«. Obwohl 38% der wachsenden (!) Bevölkerung einen Anspruch auf eine Sozialwohnung des 1. Förderweges haben, nimmt deren Zahl ab. Zwischen 2021 und 2030 fallen gut 41.500 von ihnen aus der Mietpreisbindung. Beim gegenwärtigen sozialen Wohnungsbau (2022 wurden 2.430 neu errichtet) wird etwas mehr als die Hälfte an gefördertem Wohnraum neu geschaffen.

**Zum BSW-Plakat:** Was könnte der Spruch »Abstieg oder Aufbruch?« des ordoliberalen, migrationsfeindlichen, aber friedenspolitischen Programms von Sahra Wagenknecht meinen?

**Zum GRÜNEN-Plakat:** Hamburg lag laut Armutsbericht des Paritätischen 2024 bei einer allgemeinen Armutsquote von 19,5%, die Altersarmutsquote liegt bei 17,5%, Tendenz steigend. Insofern ist noch sehr die Frage, wie es mit »Gut leben. Besser altern« mindestens für ein Fünftel der Bevölkerung wirklich aussieht.

# Klare Kante gegen Rechts Großdemonstration am 7. Juni

Unter diesem Motto haben in den vergangenen Monaten etliche Veranstaltungen und auch große Demonstrationen stattgefunden, um ein starkes Zeichen gegen den Rechtsextremismus und die AfD zu setzen. Eines der Ziele war und ist es, den Feind\*innen der Demokratie mit dem Wahlzettel am 7. Juni eine schallende Ohrfeige zu versetzen. Bis dahin wird es noch eine Reihe von Terminen geben, in denen die Zivilgesellschaft noch einmal klare Kante gegen Rechts zeigen kann. Hier eine Auswahl:

- Open-Air-Konzerte gegen Rechts, AfD und Rassismus am 4. Juni ab 17.00 Uhr vor dem Born Center in Osdorf und von 18.00 bis 21.00 Uhr beim Bürgerhaus Bornheide; am 5. Juni von 18.00 bis 22.00 Uhr auf dem Eidelstedter Marktplatz/Elbgaustraße 15; am 6. Juni ab 20.00 Uhr im Übel + Gefährlich auf St. Pauli.
- Großer Klimastreik von Fridays for Future am Freitag, 31. Mai, 14.00 Uhr ab Glacischaussee, der Schwerpunkt dieses Mal: die Europa-Wahl.
- Rundgang Rechte Gewalt und der NSU-Komplex in Hamburg-Altona, Samstag, 1. Juni, 11.00 bis 15.00 Uhr, Anmeldung per E-Mail an [office@hamburg.arbeitundleben.de](mailto:office@hamburg.arbeitundleben.de).
- Großdemonstration vom Bündnis der Bündnisse, Freitag, 7. Juni, 16.00 Uhr, Ludwig-Erhard-Straße.

Von der Website <https://hamburg.klare-kante-gegen-rechts.eu/grossdemonstration-7-juni/>

Diese und weitere Termine, aber auch Neuigkeiten finden sich auf der Mitte April freigeschalteten Homepage der Gruppe Klare Kante gegen Rechts: <https://hamburg.klare-kante-gegen-rechts.eu/>. Und wer sich ein genaues Bild von der AfD und ihren Positionen machen will, sollte den reaktivierte AfD-Watch-Hamburg [aufsuchen](#).



## Aufruf des »Bündnisses der Bündnisse« zur Demonstration am 7. Juni:

# Rechtsextremismus stoppen. Demokratie verteidigen. Wählen gehen.

### Wir stehen ein für eine demokratische, offene und vielfältige Gesellschaft!

Für Frieden und Freiheit, Vielfalt und Menschenrechte, die Wahrung der Menschenwürde, wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit. All das greifen rechtsextreme Kräfte an. Als selbstbewusste Gesellschaft schauen wir nicht tatenlos zu. Wir schließen uns in der ganzen demokratischen Breite dagegen zusammen. Direkt vor der Europa- und Kommunalwahlen in neun Bundesländern am 9. Juni gehen wir gegen die extreme Rechte auf die Straße. Wir rufen alle Hamburgerinnen und Hamburger dazu auf: Setzt mit uns ein starkes Zeichen gegen Rassismus und rechte Extremisten. Geht wählen und wählt demokratisch!

### Wir lassen uns die Demokratie in Europa nicht kaputt machen!

Die Rechtsextremen wollen die Grenzen innerhalb Europas wieder hochziehen. Aber ein Europa nationaler Egoisten gefährdet Freiheit und Wohlstand. Wir wollen ein gemeinsames Europa, das auf Solidarität, Zusammenhalt und Respekt basiert. Eine Europäische Union, die Vielfalt als Stärke betrachtet und die Rechte aller Menschen schützt, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung. Wir nehmen es nicht hin, dass Angriffe auf Demokratie und Menschenrechte zur Normalität werden. Wir stehen an der Seite aller, die von rechtsextremen Vertreibungs- und Deportationsplänen sowie von Ausgrenzung bedroht sind.

### **Wir sind eine wehrhafte Demokratie!**

Hunderttausende waren in den vergangenen Monaten auch hier in Hamburg auf der Straße. Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, Kultureinrichtungen und Religionsgemeinschaften, Sportvereine und viele andere Organisationen der Zivilgesellschaft demonstrierten gemeinsam gegen Hass und Spaltung. Es braucht auch weiterhin dieses deutliche Signal aus der Mitte unserer Stadt. Es liegt in unserer Hand, welche Richtung Europa einschlägt. Lasst uns dafür sorgen, dass es eine Richtung des Fortschritts, der Solidarität und der Menschlichkeit ist.

### **Hoffnung und Zuversicht sind zurück!**

Die Protestwelle gegen den Rechtsextremismus, die unser Land erfasst hat, ermutigt uns. Vor den Kommunal- und Europawahlen gehen wir auch hier in Hamburg auf die Straße. Jede Stimme für eine demokratische Partei ist ein Signal gegen Rechtsextremismus und Spaltung. Lasst uns gemeinsam ein starkes Zeichen setzen, indem wir zur Wahl gehen. Unsere Stimmen können den Unterschied machen. Darum: Geht auf die Straße! Geht wählen! Go vote!

### **Pressemitteilung des »Bündnisses der Bündnisse« vom 8. Mai:**

Als »Bündnis der Bündnisse« haben wir uns in der ganzen demokratischen Breite zusammengeschlossen, um am 7. Juni 2024, kurz vor den Europa- und Bezirkswahlen, gegen die extreme Rechte und für die Demokratie auf die Straße zu gehen. Wir rufen alle Hamburger\*innen dazu auf: Setzt mit uns ein starkes Zeichen gegen Rassismus und rechtsextreme Hetze. Geht wählen und wählt demokratisch! Als Teil einer bundesweiten Bewegung feiern wir am 7. Juni die Demokratie, denn wir sind überzeugt, dass es erneut ein deutliches Signal aus der Mitte unserer Gesellschaft braucht. Es liegt auch in unserer Hand, welche Richtung Europa einschlägt. Wir wollen dafür sorgen, dass es eine Richtung des Fortschritts, der Solidarität und der Menschlichkeit ist.

**Tanja Chawla (Deutscher Gewerkschaftsbund Hamburg):** »Die Gewerkschaften wissen aus historischer Erfahrung, was passiert, wenn Faschisten die Macht übernehmen. Wir werden die Demokratie verteidigen – in den Betrieben und auf der Straße. Im Wahljahr 2024 kommt es auf uns alle an. Klar ist: Die AfD ist Feindin der Beschäftigten. Gute Löhne, sichere Arbeit, Arbeitnehmer\*innenrechte, bezahlbare Wohnungen, gute Bildung und Sicherheit im Alter – von der AfD haben Beschäftigte nichts zu erwarten. Wir sagen: Wählt Zukunft, wählt demokratisch!«

**Thomas Kärst (Evangelische Nordkirche):** »Hamburger Religionsgemeinschaften stehen seit vielen Jahren gemeinsam ein für Menschenwürde und für ein friedliches Zusammenleben. Daher rufen wir dazu auf, für die Demokratie auf die Straße und am 9. Juni zur Wahl zu gehen.«

**Annika Rittmann (Fridays For Future):** »Klimagerechtigkeit und unsere Demokratie sind untrennbar miteinander verbunden. Es ist daher kein Zufall, dass Faschisten Klimagerechtigkeit hassen, weil sie ihr Bild von Ausgrenzung und Missachtung der Menschenrechte in Gefahr bringt. Schon bei der letzten Europawahl haben wir als Fridays for Future gezeigt: Es ist möglich, unglaublich viele Menschen vor Wahlen zu erreichen, breit zu mobilisieren und unsere Demokratie zu schützen. Jetzt sind wieder alle Menschen aufgerufen, vor der Wahl ein riesiges Zeichen für unsere Demokratie und unseren Zusammenhalt zu setzen.«

**Ansgar Wimmer (GoVote):** »Mit GoVote wollen wir Hamburg zum Vibrieren bringen, durch Kultur und Kom-

munikation konkrete Gesprächsanlässe setzen und so Hamburgerinnen und Hamburger zum Wählen am 9. Juni ermutigen. Zivilgesellschaft und Kultur, Initiativen und Verbände, Gewerkschaften wie auch Unternehmen stehen hier zusammen. Die Demo am 7. Juni spielt dabei eine zentrale Rolle, auf die Europa- und Bezirkswahlen hinzuweisen. Die Demo wie auch GoVote müssen dabei mehr sein als bloß eine Selbstvergewisserung für die, die ohnehin wählen gehen.«

**Christiane Schneider (Klare Kante gegen Rechts):** »Die AfD ist mit ihrem Hass eine Gefahr für viele Menschen. Unser Bündnis von über 100 Organisationen hat sich zusammengefunden, um die Würde und die Rechte aller Menschen zu verteidigen – auch bei der Wahl.«

**Kazim Abaci (Unternehmer ohne Grenzen):** »Deutschland ist weltweit eines der führenden Exportländer. Dieser Status spiegelt die wirtschaftliche Stärke und die technologische Fortschrittlichkeit des Landes wider. Das verdanken wir nicht zuletzt auch unserer Weltoffenheit und dem Handel in der Hafenstadt Hamburg. Die EU-Mitgliedschaft erleichtert zudem die Zusammenarbeit mit anderen Ländern und stärkt das Wachstum der Wirtschaft in Hamburg und in Deutschland. Rechtsextreme, politische Parteien, die all das infrage stellen, sind gefährlich und gefährden den Wirtschaftsstandort Deutschland enorm. Aus diesem Grund werden wir am 7. Juni ein starkes Zeichen setzen und alle wahlberechtigten Hamburgerinnen und Hamburger dazu aufrufen, an den EU- und Bezirkswahlen teilzunehmen. Wählt die Demokratie – gegen Rassismus und rechtsextreme Hetze.«



# Zur Europawahl am 9. Juni 2024



## Unser Spitzenteam für Europa

V.l.n.r.  
Özlem Alev Demirel  
Gerhard Trabert  
Martin Schirdewan  
Carola Rackete

Am 9. Juni finden bekanntlich nicht nur die Wahlen zu Hamburgs sieben Bezirksversammlungen, sondern auch die Europawahlen statt. Haben wir in den letzten drei Ausgaben unseres BB das Rahmenwahlprogramm der LINKEN für die Bezirkswahlen vorgestellt, informieren wir dieses Mal – in der letzten Nummer vor dem besagten 9. Juni – über die Positionen der LINKEN zur Europawahl. Wir bieten zwei Möglichkeiten an: Richtig zum Reinknien ist sicherlich die 100-seitige Version des beschlossenen Gesamtprogramms. Wer es lieber kompakt bevorzugt, liest die Faltbroschüre »10 Gründe, Die Linke zu wählen«.



Die Linke

**Zeit für Gerechtigkeit.  
Zeit für Haltung.  
Zeit für Frieden.**

Programm zur  
Europawahl 2024



nurmitlinks.de

**Die Linke**

Links die Langfassung ([www.die-linke.de/fileadmin/user\\_upload/Europawahlprogramm.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Europawahlprogramm.pdf)) und oben rechts das Kurzwahlprogramm ([www.die-linke.de/fileadmin/user\\_upload/Kurzwahlprogramm.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Kurzwahlprogramm.pdf)).

## Gerechtigkeit in Europa geht #nurmitlinks

Am 9. Juni ist Europawahl. Die Linke tritt an, um die Europäische Union sozial zu machen und den Reichtum in Europa gerecht zu verteilen. Wir streiten für gerechten Klimaschutz und Frieden. Die Regierung und die Rechten werben für mehr Aufrüstung, stärkere Armeen und höhere Zäune um Europa. Die Sorgen der Menschen kommen wenig vor: Der Alltag funktioniert nicht mehr. Die Kosten für die Energiewende werden denen aufgebürdet, die schon genug Sorgen haben. Unsere Vision für Europa sieht anders aus: Wir streiten für mehr Gemeinwohl,

mehr Gerechtigkeit, mehr Gleichheit. Für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die nicht an den Börsen Europas gehandelt werden. Für Nahverkehr, der funktioniert und für die Fahrgäste kostenfrei ist. Für eine Bahn, die Europa verbindet. Dafür, dass der große Reichtum in Europa allen zugutekommt. Das ist machbar. Wenn wir zusammen stark sind. Stärker als die Rechten, die ärmere oder geflüchtete Menschen zu Sündenböcken machen. Stärker als die Lobbys, die Interessen von Konzernen und Aufrüstung nach vorn stellen. Dafür bitten wir um Ihre Stimme.

# Zur aktuellen Mietenentwicklung in Hamburg

Von Michael Joho

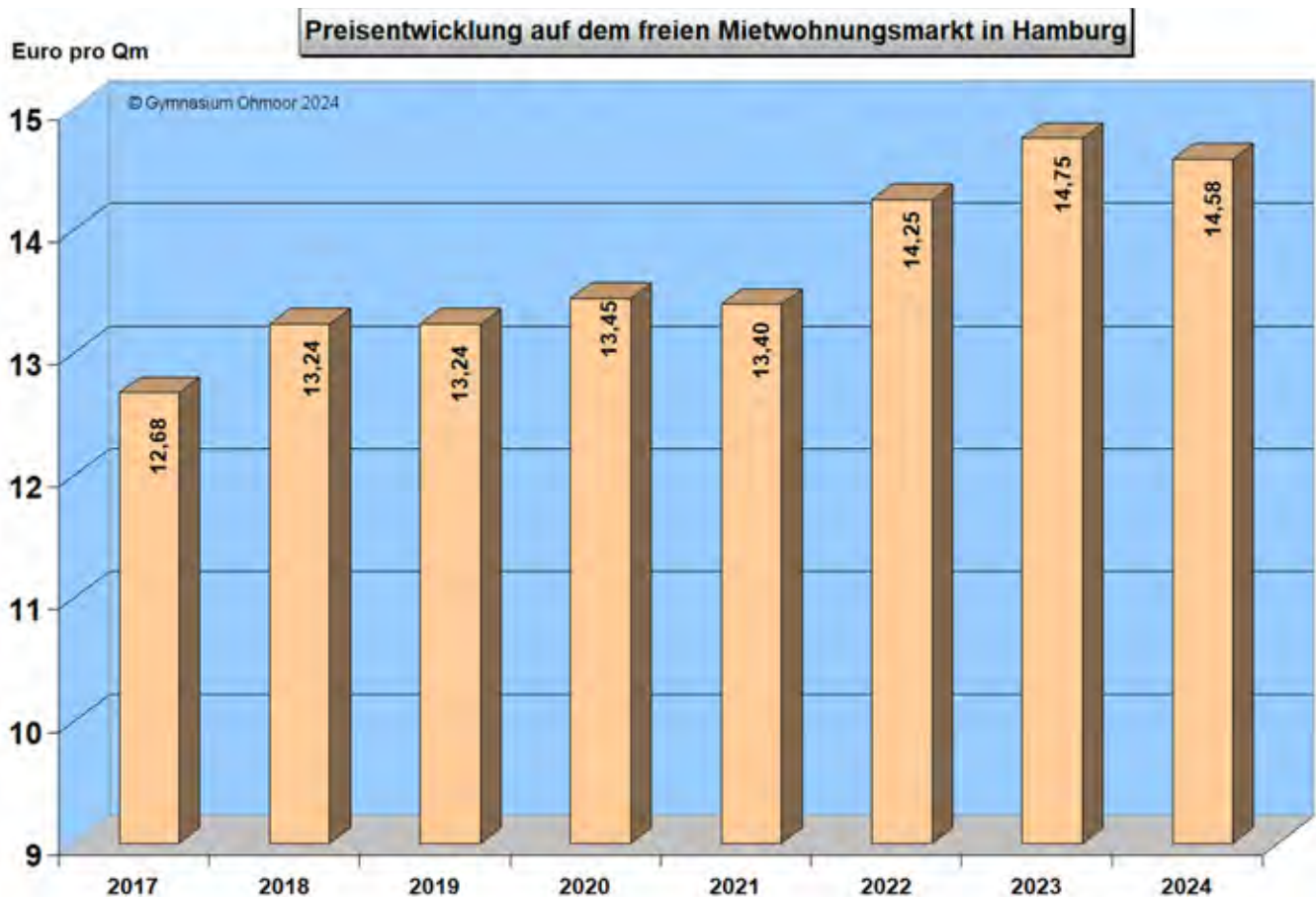
Wie in jedem Jahr – nunmehr zum 39. Mal! – präsentiert eine 11. Klasse des Profilkurses Geografie am 13. Mai die neuesten Daten zur Mietenentwicklung in Hamburg. Dieses einzigartige Langzeitprojekt unter Anleitung von Christopher Gnann und Carl-Jürgen Bautsch ermöglicht, die Mietenentwicklung unter verschiedenen Gesichtspunkten über fast vier Jahrzehnte zu beleuchten und zu vergleichen. Für die jüngste Studie werteten die Schüler\*innen insgesamt rund 4.200 digitale Wohnungsinserate aus den Monaten Februar und März 2024 aus.

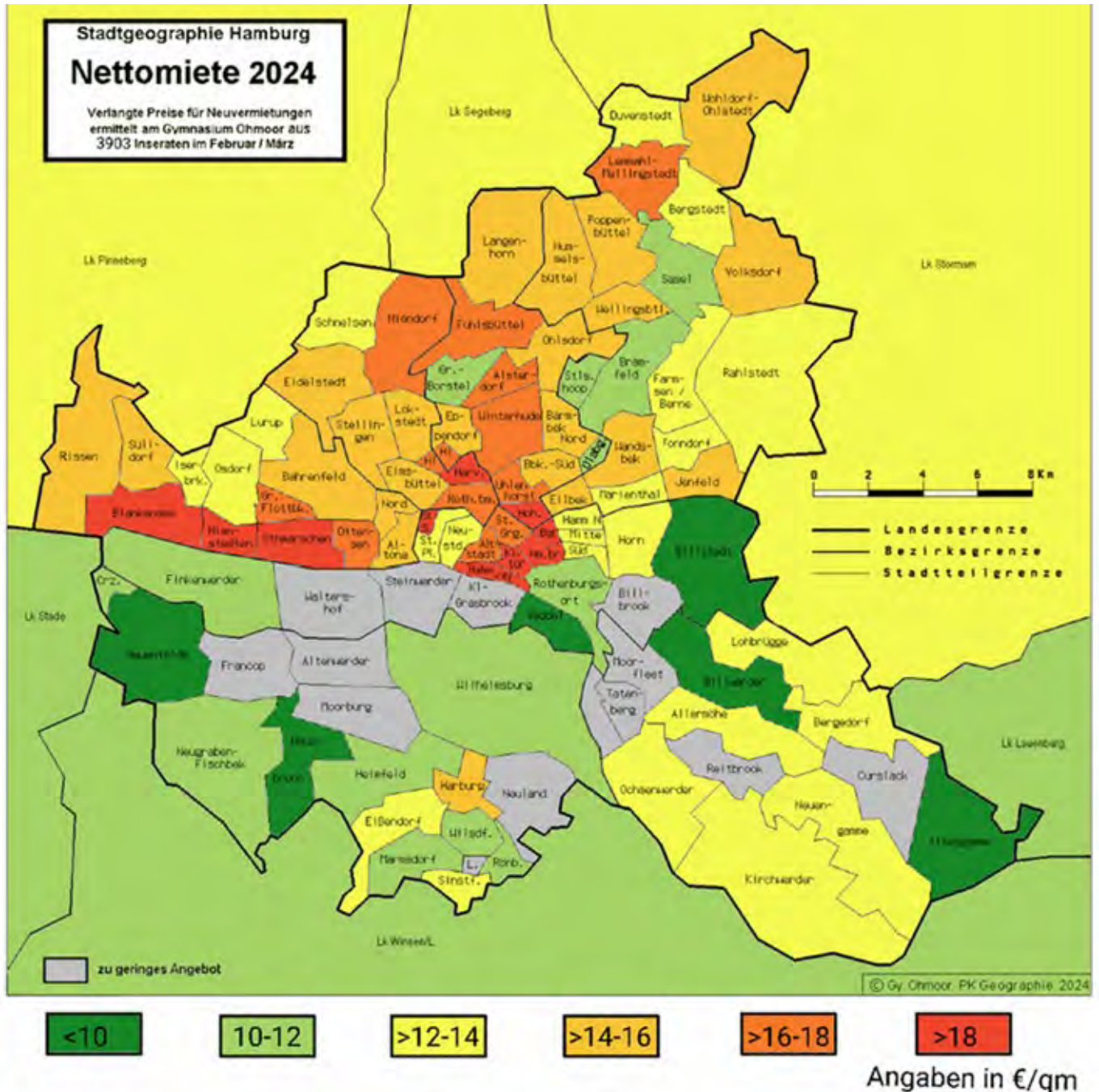
Das Hauptergebnis mag auf den ersten Blick erfreuen: Die Preisentwicklung bei den Angebotsmieten ist seit dem letzten Jahresanfang von durchschnittlich 14,75 auf 14,58 Euro/qm (minus 1,2 %) zurückgegangen. Nach einer beständigen Aufwärtsentwicklung ist das in gewisser Hinsicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein, denn das Preisniveau ist in den vergangenen Jahren in großen Schritten emporgeklettert (alle Daten und Tabellen unter <https://www.mieterverein-hamburg.de/wp-content/uploads/2024/05/Presseerklarung-Mietenstudie-Ohmoor-2024.pdf>). »Jubel kann bei der aktuellen Ohmoor-Studie keinesfalls aufkommen«, heißt es in der Presseerklärung der Linksfraktion. »Es ist wie mit der Inflation: Die Preise explodieren, und wenn dann die Inflationsrate end-

lich rückläufig ist, sieht das gut aus – das Preisniveau ist aber trotzdem viel höher als zuvor« ([www.linksfraktion-hamburg.de/ohmoor-studie-weiter-unzumutbare-belastungen-fuer-mieterinnen/](http://www.linksfraktion-hamburg.de/ohmoor-studie-weiter-unzumutbare-belastungen-fuer-mieterinnen/)).

In der Auswertung der Daten konstatiert die Forschungsgruppe des Ohmoor-Gymnasiums, dass »die Tendenz zur leichten Abnahme der Mietforderungen [...] 48 Stadtteile (betrifft). Das sind 55 % der Ortsteile, für die eine Aussage getroffen werden kann.« Das heißt aber auch, dass in 45 % der Stadtteile eine Zunahme der Mietpreise erfolgte. Woraus resultiert, vor allem auch auf das einzelne Gebiet zu schauen, um realistische Aussagen zu erhalten. (Siehe Grafik nächste Seite)

Danach ist Spitzenreiter bei den Mietwohnungsangeboten nach wie vor die Hafencity mit einem Mittelwert unter den 23 Inseraten von 21,01 Euro/qm (gegenüber 2023 ein Rückgang von 12,8 %). Offenbar haben selbst in der Hafencity die Mieten den Zenit überschritten, anders formuliert, ein Rückgang war nötig, um überhaupt noch solvente Mieter\*innen zu finden. »Stadtteile wie Wilhelmsburg oder Billstedt zeigen seit längerem eine Stagnation bei den geforderten Mieten bei etwa 10 Euro/qm«, heißt es in der Auswertung der Daten. Die letzten erschwinglichen Quartiere in Hamburg? Es gibt andererseits »Stadtteile mit nennenswertem Angebot





bei deutlichen Preissteigerungen. Dazu zählen etwa Niendorf, Langenhorn, Fuhlsbüttel und südlich der Elbe Harburg.« Alles Viertel, die nicht gerade citynah sind, aber doch ihre eigene Preisexplosion erleben.

Nicht auf der Ohmoor-Homepage, sehr wohl aber auf der Website des Mietervereins zu Hamburg ist die nachfolgende Tabelle eingestellt ([www.mieterverein-hamburg.de/wp-content/uploads/2024/05/Presseerklaerung-Mietenstudie-Ohmoor-2024.pdf](http://www.mieterverein-hamburg.de/wp-content/uploads/2024/05/Presseerklaerung-Mietenstudie-Ohmoor-2024.pdf)), warum auch immer nur dort.

Nach dieser vermutlich repräsentativen Erhebung sind die zehn teuersten Stadtteile, gemessen an den Angebotsmieten, die Hafencity (21,01 Euro/qm), Harvestehude (19,43), bemerkenswerterweise Borgfelde/Hammerbrook (18,74), Stern-

schanze (18,63) Othmarschen (18,50) Blankenese (18,42), Hohenfelde (18,29) Nienstedten (18,28), Lemsahl-Mellingstedt (16,88) und, juchu, mein Stadtteil St. Georg (16,81). Unter zehn Euro/qm nettokalt rangieren nur noch die Veddel (8,87), Moorburg-Altenwerder (7,30), Neuenfelde (8,06), Langenbek - wo ist Langenbeck? - (8,25), Altengamme (8,37), Billstedt (9,00), Hausbruch (9,22) und Billwerder (9,58).

Eine weitere zentrale Erkenntnis der Ohmoor-Schüler\*innen ist der Umstand, dass in den sechs Umlandkreisen die Preise auf nunmehr 11,89 Euro/qm angestiegen sind, eine wahre Explosion um 8,5 %! Das Wohnen im Umland, stellen die plietschen Schüler\*innen völlig zurecht fest, ist »nach unseren Zahlen kaum noch 20 % günstiger, vor 10 Jahren lag

Profilkurs Geographie Klasse 11

Gymnasium Ohmoor / C.-J. Bautsch, C. Gnann April 2024

Freie Mietwohnungen in Hamburg und in den Randkreisen (Miete netto, kalt)

Nr.:	Stadtteil	Summe	qm	Euro	€/qm	Nr.:	Stadtteil	Summe	qm	Euro	€/qm
1	Allermöhe	12	59	744	12,68	57	Moorburg-Altw.	1	58	423	7,30
2	Alsterdorf	27	86	1411	16,49	58	Moorfleet	0			
3	Altengamme	2	67	558	8,37	59	Neuenfelde	3	69	552	8,06
4	Altona	77	67	1006	14,94	60	Neuengamme	6	96	1236	12,85
5	Altstadt	13	91	1462	16,14	61	Neugraben-Fb.	39	73	864	11,86
7	Bahrenfeld	38	70	1062	15,22	62	Neuland-Gm.	1	125	1750	14,00
8	Barmbek	142	54	834	15,33	63	Neustadt	36	62	821	13,27
9	Bergedorf	41	78	978	12,47	64	Niendorf	37	75	1210	16,09
11	Bergstedt	5	122	1649	13,56	65	Nienstedten	13	91	1658	18,28
12	Billbrook	1	95	950	10,00	66	Ochsenwerder	2	51	663	12,99
13	Billstedt	45	66	594	9,00	67	Ohlsdorf	30	72	1062	14,81
14	Billwerder	9	77	740	9,58	68	Osdorf	34	72	932	13,03
16	Blankenese	26	122	2254	18,42	69	Othmarschen	23	99	1839	18,50
17	Borgf./Hambr.	29	68	1276	18,74	70	Ottensen	44	72	1175	16,37
18	Bramfeld	59	64	743	11,61	71	Poppenbüttel	18	89	1306	14,63
19	Cranz	5	62	647	10,43	97	Rahlstedt	82	77	1053	13,66
20	Curslack	1	78	1150	14,74	72	Reitbrook	1	114	1250	10,96
21	Dulsberg	22	51	560	11,00	73	Rissen	36	73	1115	15,35
22	Duvenstedt	16	106	1415	13,33	74	Rönneburg	6	69	798	11,62
23	Eidelstedt	48	81	1142	14,13	75	Rothenburgsort	7	58	585	10,11
24	Eilbek	41	58	841	14,51	76	Rotherbaum	60	67	1103	16,56
25	Eimsbüttel	121	58	880	15,20	77	Sasel	20	97	1078	11,09
26	Eißendorf	35	65	815	12,53	96	Schnelsen	39	62	840	13,58
27	Eppendorf	64	60	930	15,48	78	Sinstorf	3	55	675	12,22
28	Farmsen	37	67	850	12,73	79	Spadenland	1	93	1254	13,56
29	Finkenwerder	9	67	718	10,78	82	St. Georg	47	71	1192	16,81
30	Francop	0				83	St. Pauli	30	61	794	13,00
31	Fuhlsbüttel	34	75	1253	16,71	99	Steilshoop	10	59	596	10,02
33	Groß-Borstel	8	76	795	10,41	81	Stellingen	52	71	1126	15,91
32	Groß-Flottbek	23	118	1928	16,34	15	Sternschanze	13	58	1085	18,63
80	HafenCity (Stw.)	23	91	1908	21,01	84	Sülldorf	6	82	1205	14,69
34	Hamm	64	59	745	12,61	85	Tatenberg	1	56	780	13,93
37	Harburg	51	62	883	14,33	86	Tonndorf	18	57	710	12,39
38	Harvestehude	49	79	1530	19,43	87	Uhlenhorst	51	65	1098	16,80
39	Hausbruch	11	54	500	9,22	88	Veddel	12	61	420	6,87
40	Heimfeld	33	63	718	11,40	89	Volksdorf	12	101	1600	15,92



42	Hoheluft	47	62	1035	16,74	90	Wandsbek	61	58	848	14,62
98	Hohenfelde	28	61	1117	18,29	91	Wellingsbüttel	19	114	1671	14,64
43	Horn	64	62	751	12,10	92	Wilhelmsburg	61	55	589	10,78
44	Hummelsbüttel	20	82	1173	14,29	93	Wilstorf	21	67	752	11,17
45	Iserbrook	11	73	1017	13,86	94	Winterhude	129	66	1096	16,61
46	Jenfeld	45	74	1033	14,06	95	Wohldorf-Ohls.	5	155	2270	14,61
47	Kirchwerder	13	83	1071	12,89		HH Gesamt	2.707	69,6	1.015	14,58
49	Langenbek	1	66	544	8,25	100	Lk Pinneberg	305	74,2	931,00	12,54
50	Langenhorn	43	81	1148	14,21	300	Lk Segeberg	255	76,3	920,90	12,08
51	Lemsahl-Ms.	7	140	2371	16,88	400	Lk Stormarn	232	79,2	1.026,58	12,95
52	Lohbrügge	24	68	844	12,45	500	Lk Lauenburg	152	76,6	863,89	11,28
53	Lokstedt	27	67	1046	15,68	600	Lk Winsen/L.	28	79,0	847,78	10,73
54	Lurup	32	65	827	12,71	700	Lk Stade	224	81,8	847,80	10,37
55	Marienthal	21	80	1081	13,59						
56	Marmstorf	13	71	748	10,57						
							Umland HH	1.196	77,5	921	11,89

es noch um ein Drittel niedriger«. In der Presseerklärung der Linksfraktion haben wir das als »tollen« Erfolg der Hamburger Wohnungs- und Mietpolitik eingestuft, da nun »immer mehr Menschen in Hamburg keine bezahlbare Wohnung mehr finden und notgedrungen ins Umland ziehen, wo dann die Mieten massiv anziehen«.

Rolf Bosse vom Mieterverein zu Hamburg hat in seiner Einschätzung noch draufgelegt, dass seit dem Jahre 2021 die sog. »zweite Miete«, die Betriebs- und Heizkosten, laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) um durchschnittlich 43% in die Höhe geschossen sind. »Vermieter:innen können angesichts der hohen Abschläge, die für Heizung und andere Betriebskosten gezahlt werden müssen, einfach keine höhere Kaltmiete durchsetzen«, meint der Chef des Mietervereins.

Kurzum: Wir brauchen einen bundesweiten Mietendeckel und deutlich mehr Sozialwohnungen des 1. Förderweges!



## Digitale Mobilität – viel Strategie, wenig Nutzen

Von Nicolai Meyer, Verkehrsreferent der Bürgerschaftsfraktion

Die »Strategie Digitale Mobilität« des Senats (Drucksache 22/14895 vom 9.2.2024, [www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/87015/strategie\\_digitale\\_mobilitaet.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/87015/strategie_digitale_mobilitaet.pdf)) lässt mich an eine wunderbare Geschichte des dänischen Schriftstellers Hans-Christian Andersen denken: Des Kaisers neue Kleider. Zwei Weber versprechen dem Kaiser die feinsten neuen Kleider und werden dafür fürstlich bezahlt. Die versprochenen Kleider kann man nicht sehen – doch sind sie für den Hofstaat die schönsten Kleider aller Zeiten. Keiner wagt es nämlich, die Wahrheit zu sagen. Bei einer Parade deckt ein kleines Mädchen den Schwindel schließlich auf und ruft: »Der Kaiser ist ja nackt.«

Im rot-grünen Hamburg geht es ähnlich märchenhaft zu, nur werden die neuen Kleider gleich mehrfach öffentlich vorgeführt: Einmal heißen sie »Klimaplan«, kurz darauf »Strategie Mobilitätswende« und als Krönung neuerdings »Strategie digitale Mobilitätswende«. Im Anhang der Drucksache, ihrem eigentlichen Strategiepapier, versucht sich der Senat dann konsequenterweise selbst als Märchenerzähler und versucht die Mobilität des Jahres 2030 aus der Sicht verschiedener Menschen zu (v)erklären.

Deshalb erzähle ich hier die Mobilitätsgeschichte einer Frau, nennen wir sie ruhig Anja, im Jahr 2030. Anja hat eine Sehbehinderung und ist, wie mensch so sagt, »nicht gut zu

Fuß. Sie arbeitet im Büro einer großen Spedition im Hafengebiet. 2024 war sie sehr erfreut, als der Senat ihr in seiner Strategie Digitale Mobilität gleich dreimal versprach: »Mobilitätseingeschränkten Personen im öffentlichen Straßenraum, Nahverkehr und über digitale Angebote Lösungen anbieten, welche die Teilhabe an Leben und Verkehr verbessern« (S. 17/18). Na, dann kann ja nichts mehr schiefgehen. Oder?

Ganz begeistert war unsere Protagonistin zunächst vom Versprechen (S. 18), »Zugangshemmnisse zum klassischen ÖPNV durch digitalen Vertrieb (zu) senken«. Seit 2023 kann Anja nämlich das Jobticket ihres Arbeitgebers nicht nutzen, denn das geht nur mit der GoogleWallet, aber die ist für Sehbehinderte nicht barrierefrei. Zahlt sie halt die vollen 49 Euro und bekommt auch kein Mobilitätsbudget.

Schon auf dem Weg zur U-Bahn wird sie von der virtuellen Stimme des Senators in ihrem Headset vor jedem Schlagloch gewarnt. Wäre es nicht besser, die Schlaglöcher zu beseitigen, statt vor ihnen warnen, fragt sie sich, nur um gerade noch rechtzeitig den quer auf dem Gehweg liegenden Roller zu bemerken. Der Senat versprach ihr schließlich 2024 (S. 16): »Hamburg wird sich weiterhin in die Spitzengruppe der europäischen Metropolen einreihen und diese [...] Mobilitätsangebote(n) der Sharing Economy vorantreiben«. Hamburg ist immer noch, wie schon 2024, fast die einzige deutsche Großstadt ist, die sich weigert, die E-Roller zu regulieren. Anja wird weiter hoffen müssen, dass sie die Roller auch in Zukunft immer rechtzeitig bemerkt, um sich nicht die Knochen zu brechen. Einfach Augen aufhalten ist für Anja mit ihrer Sehbehinderung natürlich keine funktionierende Strategie ... An der U-Bahn-Station bekommt sie dann die altbekannte Information,

»der Fahrstuhl ist defekt«, ins Ohr gesäuselt – wie schon seit vier Wochen. Seit einer Woche ist die Information immerhin verändert: »Wir warten auf die Lieferung eines Ersatzteils.« Nun gut, die vierzig Meter Höhenunterschied zum Bahnsteig schafft sie gerade so auch noch zu Fuß. Auf der Treppe fragt sie sich wieder, ob es eine so gute Idee war, die Gleise tief zu verbuddeln, statt sie einfach auf die Straße zu legen, für eine Straßenbahn eben.

An den Elbbrücken angekommen heißt es umsteigen! Denn trotz Künstlicher Intelligenz fährt die U-Bahn immer noch nicht auf die Elbinsel. Allein die Festlegung einer Vorzugstrasse dauert in Hamburg grundsätzlich mehrere Jahre, auch für nur zwei bis drei Kilometer. Auf der Veddel navigiert Anja sich schließlich durch einen stinkenden, mit Graffiti verzierten Tunnel um mehrere Ecken und Straßen ohne Fußweg (dafür mit ungehindertem Zugang zu den Gleisanlagen einer viel befahrenen Güterzugstrecke) zur einsam gelegenen Bushaltestelle. Heute ist sie glücklicherweise pünktlich hier, denn der Bus 256 fährt nach Fahrplan nur etwa jede Stunde, aber auch nicht im exakten Takt. Anja fragt sich, ob die KI hier die Abfahrtszeiten gewürfelt hat. Falls sie den Bus verpasst, bleibt bloß das teure Taxi, um einigermaßen pünktlich bei der Arbeit zu sein.

An den Elbbrücken hat sie oft neidisch auf die autonomen Shuttles (S. 35) geblickt, die Kreuzfahrtgäste zwischen Steinwerder, den Elbbrücken und dem Hauptbahnhof befördern. Leider ist ein solcher Luxus für einfache Angestellte wie Anja nicht vorgesehen. Oder um das Fazit des Fachjournalisten Christian Hinkelmann zu zitieren »Was haben die Hamburger\*innen von der Strategie? ... Nicht viel«.

## Schulbau in Hamburg: Große Aktivität, kein Plan

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Ende 2019 wurde ein neuer Schulentwicklungsplan (SEPL) aufgesetzt. Er kam überhaupt erst auf massiven Druck der Opposition und vieler Schulgemeinschaften zustande. »Überraschend« musste die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) feststellen, dass ihre Prognosen für die Anzahl zukünftige Schüler\*innen dem realen Wachstum dramatisch hinterherhinkte und so allein 44 neue Schulen im aktuellen SEPL vorgesehen sind! Seither war und ist er vielseitiger Kritik ausgesetzt und zu jeder der 22 Schulregionen gab es eine Reihe von kritischen Stellungnahmen.<sup>1</sup> Eines der wesentlichen Probleme war schon damals ersichtlich und gilt heute umso mehr: dass die Schulentwicklungsplanung in der Regel bilateral zwischen der einzelnen Schule und der Schulbehörde abgewickelt wurde und wird und nicht in einem demokratischen Beteiligungsformat vor Ort in den Stadtteilen. Daneben kommt zum Tragen, dass pädagogische Kriterien im

Schulbau kaum eine Rolle spielen. Das seitens der Schulbehörde immer wieder bemühte Zitat im sogenannten Musterflächenprogramm, dass der Raum der »dritte Erzieher« sei, ist kaum mehr als Garnitur.<sup>2</sup>

Doch seither wurde viel getan: neugebaut, umgebaut, zugebaut und saniert. Denn Schulentwicklung ist eigentlich nur eines: Schulbauplanung. Deutlich fällt ins Auge, dass dabei pädagogische Fragen und Aufgaben eine untergeordnete Rolle spielen. Zudem ist der Bau bisweilen von zweifelhafter Qualität (siehe beispielsweise die Mängel am Gymnasium Hoheluft) und vielerorts kommt es zu deutlichen Verzögerungen und Konflikten an den Schulstandorten. Die Auswirkungen des schleppenden Baus bedeuten, dass Schulen Fach-

<sup>2</sup> Das Zitat stammt von Loris Malaguzzi, dem Begründer der Reggio Pädagogik. Diese pädagogische Richtung umfasst natürlich weit mehr als Fragen der Raum(aus)gestaltung. Doch zu mehr als einem vereinzelt Zitat ist mensch in Hamburg nicht in der Lage, sich an fortschrittlichen und international wegweisenden pädagogischen Konzepten zu orientieren.

<sup>1</sup> Schulentwicklungsplan - hamburg.de



Bisweilen gehen dem Neubau auch der Abriss gar nicht mal so alter Gebäude voraus, so wie hier bei der Heinrich-Wolgast-Schule in St. Georg (Foto: M. Joho)

in Klassenräume umwandeln müssen, die Räume übervoll werden, der Stress ansteigt und schuleigene Konzepte nicht mehr umgesetzt werden können (wie z.B. die Begrenzung der Klassengröße auf 23 Schüler\*innen an der Ida-Ehre-Schule). Letztlich heißt es seitens der Schulbehörde, es werde »schulindividuell« pädagogisch geplant, doch weder setzt die Schulbehörde Standards noch einen Rahmen, und überhaupt findet eine sogenannte Phase Null-Planung, in deren Rahmen pädagogische Konzepte bei Neubaumaßnahmen aufgenommen werden können, vielerorts gar nicht statt.<sup>3</sup>

Die Schulbehörde behauptet in ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage zur Schulentwicklungsplanung (Drs. 22/10918 vom 7.3.2023, [www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/82759/schulentwicklungsplanung\\_prognosen\\_planungen\\_und\\_reale\\_entwicklung\\_wie\\_ist\\_der\\_stand.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/82759/schulentwicklungsplanung_prognosen_planungen_und_reale_entwicklung_wie_ist_der_stand.pdf)), es fände eine »bedarfsgerechte« Entscheidung darüber statt, wie viele Schüler\*innen an welcher Schule mit einem Platz versorgt werden würden.<sup>4</sup> Dabei wird zusehends automatisiert – im

<sup>3</sup> Siehe unsere Große Anfrage zum Schulbau, Drs. 22/9066, [schulbau\\_in\\_hamburg\\_bilanz\\_und\\_ausblick.pdf](http://schulbau_in_hamburg_bilanz_und_ausblick.pdf) ([buergerschaft-hh.de](http://buergerschaft-hh.de)).

<sup>4</sup> [schulentwicklungsplanung\\_prognosen\\_planungen\\_und\\_reale\\_entwicklung\\_wie\\_ist\\_der\\_stand.pdf](http://schulentwicklungsplanung_prognosen_planungen_und_reale_entwicklung_wie_ist_der_stand.pdf) ([buergerschaft-hh.de](http://buergerschaft-hh.de)).

Verwaltungsprogramm DiViS – über die Zuweisung entschieden, wie der Senat in einer anderen Antwort vorbrachte.<sup>5</sup>

Ein genauer Blick auf die Grundlage besagter Großen Anfrage zur Schulentwicklung offenbart eigentlich für jede Schulregion großes Konfliktpotenzial bzw. deutliche Planabweichungen. Konfliktpunkte sind: Fertigstellungszeiträume, also eine Abweichung von der Zeitschiene, die im Schulentwicklungsplan 2019 festgelegt wurde, und dem jetzigen Stand; Änderungen der Zügigkeiten, also eine Erhöhung der Anzahl der Klassenzüge pro Jahrgang gegenüber dem SEPL 2019, was eine größere Schüler\*innenzahl zur Folge hat; der dringend nötige Aus- und Umbau der Schulen, um sie an die inklusiven Bedarfe vollumfänglich anzupassen. (Wie weit es noch dahingehend ist, sind beispielsweise fehlende Rampen und Aufzüge in inklusiven Schwerpunktschulen.)

Eine Auswahl an Exempeln verdeutlicht die Probleme und offenen Fragen:

Die Grundschule Schule an der Burgweide platzt aus allen Nähten, im SEPL 2019 sollte sie von zwei auf zweieinhalb Züge erweitert werden. Hat diese Erweiterung schon stattge-

<sup>5</sup> 22/11623 SKA: Verteilung der Schüler:innen auf die weiterführenden Schulen Hamburgs zum Schuljahr 2023/2024 ([buergerschaft-hh.de](http://buergerschaft-hh.de)).

funden? Weshalb werden nicht weitere Maßnahmen in Angriff genommen, um die Raumnot, besonders an Therapieräumen, zu lindern?

Für die Grundschule Fritjof-Nansen-Schule mit ihren Standorten Swatten Weg und Fahrenort soll die gesamte Zügigkeit erhalten bleiben (6,5), doch ein wichtiger Punkt ist die Barrierefreiheit. Wir stellten dazu eine SKA im Februar 2022.<sup>6</sup> Nur ist immer noch nicht klar, ob die Aula im Swatten Weg mittlerweile barrierefrei ertüchtigt wurde. In einer anderen SKA stellte der Senat die bauliche Nachrüstung zur Barrierefreiheit unter den Vorbehalt etwaiger »Finanzierungsmöglichkeiten«.<sup>7</sup>

Unbeantwortet ist, weshalb die Eliteschule des Sports, die Stadtteilschule (STS) Alter Teichweg, nur eine Ein-Feld-Halle bekommt, statt die von ihr geforderte Drei-Feld-Halle. Die STS soll laut SEPL 2019 von 5 auf 7 Züge ausgebaut werden, wo aber finden die zusätzlichen Schüler\*innen ihre Möglichkeiten für den Schulsport vor? Unterliegt hier das Recht der Schüler\*innen auf Schulsport den divergierenden Interessenslagen konkurrierender Behörden (Schulbehörde versus Innenbehörde)?

Die STS Am Heidberg soll laut SEPL 2019 von 5 auf 7 Züge erhöht werden, wofür Baumaßnahmen erforderlich seien. In der Großen Anfrage heißt es, es sei der Neubau von Schulflächen von 249 qm geplant und diese seien 2016 (sic!) fertiggestellt. Doch sind knapp 250 qm neuer Schulflächen hinreichend für die Zahl an zusätzlichen Schüler\*innen?

Am Charlotte-Paulsen-Gymnasium, das laut SEPL 2019 von 4,5, auf 6 Züge erhöht werden soll, sind seit 2019 bis heute Baumaßnahmen »in Prüfung«; ebenso am Gymnasium Marienthal, das laut SEPL 2019 von 4 auf 5,5 Züge erhöht werden soll.

Offen ist der Stand der geplanten neuen, sechszügigen STS in der Schulregion 16 (Farmesen-Berne, Bramfeld und Steilshoop). Ist noch eine Campus-STs geplant, die einen STS- und einen Gymnasialzweig unter einem Dach und einer Leitung vereinen soll, wie im SEPL 2019 als Möglichkeit festgehalten wurde, oder eine eigenständige STS, wie es in der Großen Anfrage heißt? Wo und wie wurde die Schule gegründet? Oder wird seit dem SEPL 2019 geprüft? Zu beiden Fragen schweigt sich der Senat aus.

Eine neue, dreizügige STS ist seit dem SEPL 2019 in der Region 18 (in den Walddörfern) geplant bzw. laut der Großen Anfrage »in Planung«: Was ist in den letzten vier Jahren geschehen? Der Senat gibt keine Antwort.

In Rahlstedt liegt die STS Oldenfelde, bei der der SEPL 2019 eine Erweiterung von 4 auf 6 Züge vorsah. Nun heißt es, es würden 7 Züge bei der STS geplant, die Eingangsklasse im Schuljahr 2023/24 war jedoch schon 8-zügig, also verdoppelt. Wie sind die jetzigen Anmeldezahlen, wie viel Züge hat die Schule zum Schuljahr 2024/25? Gibt es ausreichend Räume? Zusätzlich soll das Gymnasium Oldenfelde laut SEPL 2019 um einen Zug erweitert werden. Beide Schulen liegen auf einem Gelände und machen sich so Konkur-

<sup>6</sup> Drs. 22/14338.

<sup>7</sup> Drs. 22/14338.



Ohne Beteiligung wird das nix! (pixabay.com/de/photos/arbeiter-hof-sicherheit-kind-1953367)

renz und das Gleichgewicht zwischen den Schüler\*innenzahlen ist aus der Balance. Wo bestehen kooperative Angebote, auch in der Raum- und Flächennutzung? Die STS Oldenfelde hat 14 Klassencontainer, es sind 5 Fachräume in den letzten Jahren zu Klassenräumen umgewandelt worden, und der Senat sagt, die Nutzung der Klassencontainer werde bis zum »Abschluss der Neubaumaßnahme« geplant. Doch weder im SEPL 2019 noch in der Großen Anfrage ist ein Zeitpunkt genannt, wann die Neubaumaßnahmen fertiggestellt sein sollen. Weiterhin soll das Fachraumgebäude des STS Oldenfelde abgerissen werden. Wo soll dann der Fachunterricht stattfinden, besonders, weil ja schon Fach- und Differenzierungsräume zu Klassenräumen umgewidmet wurden? Rahlstedt ist einer der bevölkerungsreichsten Stadtteile, die Zügigkeit der STS wird dort laut SEPL 2019 »nur« von insgesamt 12 auf insgesamt 16,5 Züge (plus mindestens 1 an der STS Oldenfelde erhöht), eine Gesamtsteigerung von 4,5 (5,5); die Gymnasien von 13,5 Zügen auf 18 (plus 4,5). Haben die Gymnasien nicht noch mehr Kapazitäten, um die Schüler\*innen der Region zu versorgen?

Der Kauf des sogenannten Dello-Geländes am Sander Damm in Bergedorf ist schon selbst ein Politikum, weil die Behörde lange gezögert und nun einen wirklich hohen Preis dafür (9,5 Mio. Euro) gezahlt hat. Dabei steht doch zur Diskussion, ob die am Sander Damm geplante Schule nicht schon jetzt zu klein ist, nur 2,5 Züge, wegen Wohnungsbauprojekte in der unmittelbaren Umgebung; eine wirkliche Entlastung für die Grundschule Nettelburg ist die kleine Grundschule am Sander Damm nicht.

Das laut SEPL 2019 geplante neue Gymnasium in Bergedorf ist mit 3 bis 4 Zügen relativ klein und es wäre in Kooperation der Gymnasien durchaus möglich gewesen, die Schüler\*innen anders unterzubringen.

Die im SEPL 2019 für den Bezirk Bergedorf geplante fünfzügige STS ist jedoch dringend zur Entlastung der STS nötig. Aber hier ist nicht ersichtlich, welche Fortschritte seit 2019 gemacht wurden. Im SEPL 2019 wird sie genannt, jetzt in der Großen Anfrage heißt es, die Baumaßnahmen seien »in Prüfung«.

Im SEPL 2019 hieß es bei der Grundschule Kapellenweg in der Schulregion 21 seien keine Planungen vorgesehen; in unserer Großen Anfrage ist die Schule nicht aufgeführt; einzig eine neue Grundschule sei in der Region als Neugründung vorgesehen.

Nun plant die Behörde den Neubau der Grundschule auf dem Sportplatz der Lessing-STS auf dem gemeinsamen Campus mit dem Alexander-von-Humboldt-Gymnasium (AvH) und behauptet, es stünde den Stadtteilschüler\*innen für Sport ja noch die Halle zur Verfügung! Dieser Plan wird von allen drei Schulen strikt abgelehnt, die Eltern und Schüler\*innen haben ihre Kritik an die Behörde in offenen Briefen gut begründet. Sie fragen u.a., wie die Behörde sicherstellen will, dass noch ausreichend Platz für alle Schüler\*innen zur Verfügung steht, werden doch die Lessing-STS von 4 auf 6 und das AvH von 4 auf 5 Züge erweitert. In der Großen Anfrage sind alle Vorgänge »in Prüfung«. Leider muss konstatiert werden, dass die für eine so weitreichende Planung notwendige Einbindung der Schulgemeinschaften und der Bezirkspolitik nur sehr unzulänglich stattgefunden hat. Kein Wunder also, dass die Fronten zwischen der zuständigen Behörde und allen anderen Beteiligten zurzeit eher verhärtet sind.

Weil es ein veritabler Konflikt ist, hat die Bezirksversammlung Harburg einen Dringlichkeitsantrag der dortigen Linksfraktion leicht modifiziert angenommen und ihn an einer Stelle sogar erweitert: Es wird ein Moratorium der Baumaßnahmen und die Einbindung aller Beteiligten der Schulregion gefordert.<sup>8</sup>

Genau dieses, eine kooperative, regionale Schulentwicklungsplanung ist eine unserer wesentlichen bildungspolitischen Forderungen. Schon 2019, im Jahr der Erstellung des heute noch geltenden Schulentwicklungsplans, hatten wir die Reaktivierung der Regionalen Bildungskonferenzen (RBK) zu Gestaltungsgremien der Schulentwicklungsplanung gefordert.<sup>9</sup> Der Vorteil, sie sind bereits im Hamburgischen Schulgesetz verankert. Dafür sorgte die damalige grüne Schulsenatorin Christa Goetsch, in weiser Voraussicht und Hoffnung auf die sechsjährige Primarschule. Diese Neustrukturierung der Hamburger Bildungslandschaft hätte eine hohe Anforderung an alle Akteur\*innen in einer abgestimmten Zusammenarbeit in schulorganisatorischen und planerischen Fragen gestellt! Leider kamen die Dinge anders, aber das ist ein weiteres (trauriges) Kapitel!

Seither arbeiten die RBK regional sehr unterschiedlich, wie wir regelmäßig abfragen. Regionale Schulentwicklung in gemeinsamer Verantwortung aller Schulen in ihrem Stadtteil für ihre Schüler\*innen betreiben sie allerdings nicht.<sup>10</sup>

Die Linksfraktion hat jüngst diese Forderung nach einer regionalen und sozial ausgewogenen Schulentwicklungspla-

nung in einem Antrag an die Bürgerschaft erneuert.<sup>11</sup> Denn alle oben genannten Beispiele zeigen deutlich, dass es in der Schulentwicklungsplanung gravierende Mängel gibt. Der erste ist, dass Schulentwicklungsplanung rein quantitativ auf die Schüler\*innenzahlen reagiert, nicht aber auch qualitativ die pädagogische Methodik und Didaktik im Hamburger Schulwesen weiterentwickelt. Im zweiten zeigt sich, dass die Vernachlässigung der Regionalen Bildungskonferenzen, die im § 86 des Hamburgischen Schulgesetzes immerhin zu einer Empfehlung zur Schulentwicklungsplanung vorgesehen sind, die Lage der Schulen verschlechtert. Sie sind in beständige Konkurrenz zueinander gesetzt, ringen um Schüler\*innen und um Flächen, wie auch darum, motivierte und qualifizierte Lehrkräfte für ihre (selbstverantworteten) Schulen zu finden und zu halten. Nicht zuletzt stellen die Umsetzung von Inklusion und Integration und die Gestaltung des schulischen Ganztages die Schulen vor große pädagogische Herausforderungen, zu deren Realisierung sie eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung benötigen, nicht bloß reaktive behördliche Nachsteuerung. Eine gemeinsame Planung des schulischen Bildungsangebots aller Schulen der Region wäre ein erster Schritt dahin, ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot im Wohn- und Sozialraum der schulpflichtigen Hamburger\*innen zu schaffen. In der Folge wäre es ein Gewinn für ein demokratisches Gemein- und Schulwesen, wenn die Schulentwicklung von unten her, aus den Schulregionen, von den Schulgemeinschaften, in gemeinsamer Verantwortung aller Beteiligten im Stadtteil entwickelt werden würde. So der Standpunkt der Linksfraktion.

Ob der Senat bzw. die rot-grünen Regierungsparteien sich in der Frage bewegen ist fraglich. Doch unbeeindruckt zeigte sich der Senat nicht gänzlich. Im letzten Schulausschuss am 2. Mai wurde von seiner Seite geäußert, dass sich in der letzten Zeit einige RBK mit Fragen der regionalen Schulentwicklung befasst hätten. Das war Anlass, am 6. Mai nochmals mit einer Kleinen Anfrage nachzufassen. In dem von uns entwickelten Entwurf eines inklusiven Schulgesetzes sind die RBK daher auch zu Gremien erhoben worden, die vor Ort Schulentwicklungspläne erarbeiten und an die Behörde herantragen.<sup>12</sup> Das wäre ein wirklicher Schritt hin zu einer zukunfts-fähigen und belastbaren Schulentwicklung.

<sup>8</sup> 21-3862 - Dringlichkeitsantrag DIE LINKE - Grüne - SPD - ... - Harburg (bv-hh.de).

<sup>9</sup> [www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/72087/regionale\\_bildungskonferenzen\\_zu\\_gestaltungsgremien\\_der\\_schulischen\\_bildung\\_vor\\_ort\\_ausbauen.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/72087/regionale_bildungskonferenzen_zu_gestaltungsgremien_der_schulischen_bildung_vor_ort_ausbauen.pdf).

<sup>10</sup> [regionale\\_bildungskonferenzen\\_eine\\_aktuelle\\_bilanz\\_zum\\_zehnjährigen\\_bestehen.pdf](http://regionale_bildungskonferenzen_eine_aktuelle_bilanz_zum_zehnjährigen_bestehen.pdf) (buergerschaft-hh.de), [regionale\\_bildungskonferenzen\\_wie\\_ist\\_die\\_lage.pdf](http://regionale_bildungskonferenzen_wie_ist_die_lage.pdf) (buergerschaft-hh.de).

<sup>11</sup> [wir\\_brauchen\\_eine\\_regionale\\_und\\_sozial\\_ausgewogene\\_schulentwicklungsplanung\\_in\\_gemeinsamer\\_verantwortung.pdf](http://wir_brauchen_eine_regionale_und_sozial_ausgewogene_schulentwicklungsplanung_in_gemeinsamer_verantwortung.pdf) (buergerschaft-hh.de)

<sup>12</sup> [schulgesetzentwurf.pdf](http://schulgesetzentwurf.pdf) (linksfraktion-hamburg.de)

## Tipps und Termine

Wie vor einiger Zeit einmal angekündigt, soll am Anfang dieser Rubrik immer mal ein Hinweis zum Stand der Weltklimakatastrophe stehen, damit niemand später mal sagen kann, er/sie habe das alles nicht mitbekommen. Der grüne Bundesminister für Wirtschaft und Klimapolitik, Robert **Habeck**, meinte ja kürzlich, »Deutschland ist auf Kurs, erstmals. **Wenn wir Kurs halten, erreichen wir unsere Klimaziele 2030.**« Laut Angaben des Umweltbundesamtes sind im letzten Jahr 10,1 % weniger Treibhausgase angefallen als 2022. Lediglich der Verkehrs- und der Gebäudebereich haben weiter steigende Mengen produziert (»Der Spiegel [online](#)« vom 15.3.2024). Nur wenige Tage später wandte der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) kritisch ein, dass **Deutschland** mit seinem Klimagesetz insgesamt deutlich **mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen zulässt, als es als »fairen Beitrag« zum Pariser 1,5-Grad-Ziel einzuhalten hat.** (»Frankfurter Rundschau«, [online vom 28.3.2024](#)).

Da passt ins Bild, dass Deutschland hinsichtlich seines Rohstoffverbrauchs seit dem **2. Mai** auf Kosten anderer Länder lebt. Der Earth Overshoot Day, der **Erdüberla-**



Titelseite der »Luxemburg« 1/2024

**stungstag**, fällt in Deutschland damit einen Tag früher an, als 2023 (»TAZ«, [online vom 2.5.2024](#)).

Die **neue Ausgabe der Zeitschrift der Rosa Luxemburg Stiftung** beschäftigt sich mit einer **Zukunft mit Plan**, anders formuliert mit einer Planwirtschaft, die nicht dem gescheiterten System nachweint, aber doch Akzente setzt, wie mit einer »sozialistischen Schocktherapie gegen den Klimakollaps« vorgegangen wird und was es bedeuten würde, »wenn Wohnungen keine Waren wären«. Das 128-seitige Heft gibt es [online](#).

Erstaunlich, was **DIE LINKE** regelmäßig an neuen Materialien herausgibt. Schade nur, dass viele sie vielleicht gar nicht kennen. Nehmen wir diese, kürzlich vom Landesverband Hamburg herausgegebene **Broschüre** im Pocketformat: **Fake News in der Flüchtlingspolitik – Dichtung und Wahrheit**. Auf 28 Seiten werden die wichtigsten Argumente für den kleinen Alltag zusammengestellt. Guckst Du [hier](#).



Und wo es gerade um flotte, gut nutzbare Informationen geht, hier auch die Empfehlung für eine **Neuerscheinung** der Rosa Luxemburg Stiftung (**RLS**). Jenseits des Krieges ist sie überschrieben und es geht um **Mythen**

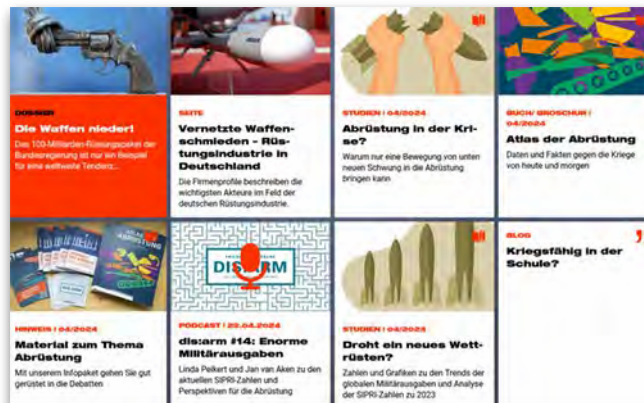
**und Fakten zu Krieg und Frieden.** Behandelt werden Aspekte der Politik- und Medieneinflussnahme, aber der Band ist auch ein Beitrag gegen die Ohnmacht, indem er elf gängige Mythen zum Thema demontiert. Es bleibt jedoch die bittere Erkenntnis, dass es laut Analyse des Heidelberger Instituts für internationale Konfliktforschung mit zurzeit 21 Kriegen dreieinhalb Mal so viele gibt wie vor 15 Jahren. Die 44-seitige Broschüre gibt es [hier](#).



Überhaupt, auf die Website der RLS kann mensch gar nicht oft genug schauen, wenn es um **aktuelle Zahlen und Einschätzungen** geht. Beispielsweise zum Komplex Abrüstung. Gleich eine ganze Corona von Publikationen ist erschienen, zuletzt anlässlich des jüngsten **Berichts des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI** vom 22. April, in dem eine traurige Bilanz der weltweiten Militärausgaben gezogen wird. Droht ein

neues Wettrüsten, so der Titel der zwar nur zwölfseitigen, aber prall mit Infos gefüllten Studie, aus der auch die unten stehende Tabelle stammt, die in der [RLS-Broschüre vom April 2024](#) steht, basierend auf den aktuellen Zahlen von SIPRI.

Und wer noch mehr zum **Komplex Rüstung und Militarisierung** lesen möchte, kann sich durch den Broschürendschungel arbeiten ...



Reichlich Material der RLS zu **Rüstung und Militarisierung** unter [www.rosalux.de/metanavigation/ihre-suchergebnisse?tx\\_cbelasticsearch\\_search-form%5Baction%5D=list&tx\\_cbelasticsearch\\_search-form%5Bcontroller%5D=Search&cHash=fc222ef-350103df142a6f7747046b653](http://www.rosalux.de/metanavigation/ihre-suchergebnisse?tx_cbelasticsearch_search-form%5Baction%5D=list&tx_cbelasticsearch_search-form%5Bcontroller%5D=Search&cHash=fc222ef-350103df142a6f7747046b653).

**Tabelle 1: Militärausgaben ausgewählter Länder (2022 bis 2024)**

Land	Militärausgaben 2022 (in Mrd. USD)	Militärausgaben 2023 (in Mrd. USD)	angekündigte Militärausgaben 2024 (in Mrd. USD)	künftige Militärausgaben (in Mrd. USD)
USA	789	839	842	keine verlässliche Schätzung möglich
Deutschland	54,3	63	77	90,3 (2027)
Frankreich	44	47,3	50,7	60,6 (2027)
Italien	27,9	29,7	31,4	38,5 (2028)
Großbritannien	66,8	65,2	66,3	80,4 (2028)
Indien	74,4	74	80,5	97,7 (2028)
China	209	225	227	keine verlässliche Schätzung möglich
Russland	78	101	140	keine verlässliche Schätzung möglich
Japan	46	48	56	68 (2027)

Quelle: Die Tabelle wurde aus Daten zusammengestellt, die im nachfolgenden Text im Einzelnen belegt werden.

Mal was anderes, mehr aus der Sphäre der Stadt(teil)-politik. Bekanntlich gibt es in Hamburg rund 50 Quartiers- und Stadtteilbeiräte, die sich um die Belange ihrer Region kümmern. Institutionalisierte Bürger\*innenbeteiligung ist das, auch wenn die finanzielle Absicherung recht mau ist und das Ernstnehmen durch die Bezirkspolitik (vor allem im Bezirk Mitte) sehr zu wünschen übrig lässt. Nun hat das **Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte** aus eigener Kraft endlich eine **eigene Homepage** eingerichtet. »Reinblättern« lohnt allemal: [www.stadtteilbeiraete-hamburg.de](http://www.stadtteilbeiraete-hamburg.de). Und das Teil wird sicher schnell »wachsen«!

Um das Thema **Bestandsentwicklung jetzt – für ein Umdenken der Wohnraumversorgung** ging es auf der **7. Konferenz des bundesweiten Netzwerks Mieten & Wohnen am 19./20. April** mit rund 150 Teilnehmer\*innen im Millerntor-Stadion auf St. Pauli. »Schwerpunkte waren unter anderem die Umgehung der Mieter:innen-schutzvorschriften sowie die Obdachlosigkeit junger Menschen«, heißt es in der [Presseerklärung](#) der Veranstalter\*innen. »Die Kreativität der Vermietenden zur Umgehung des Mieterschutzes wird immer größer. Die Mietpreisbremse wird in schamloser Weise umgangen, indem z.B. Wohnungen möbliert und zeitlich befristet zu horrenden Preisen von teilweise bis zu 50 EUR/qm angeboten werden. Das treibt das Mietniveau insgesamt immer höher, der Abschluss eines neuen Mietvertrags wird zur Kostenfalle, bezahlbarer Wohnraum wird dem Markt entzogen«. In Kürze werden auch die gesamten Konferenzmaterialien ins Netz gestellt, schon jetzt finden sich auf der Website die ersten [Foto-Appetizer](#).



Auf der 7. Konferenz des Netzwerks im St. Pauli-Stadion (Foto: M. Joho)

51 Jahre ist es her, dass die **Eppendorfer Mietergruppe Haynstraße/Hegestraße** einen legendären mietrechtlichen Erfolg erzielt hat, der noch heute für Mieten deutlich unter zehn Euro sorgt. Dieses in die Zeitgeschichte eingegangene Kapitel hat seinen Kern im Wirken des jungen Juristen Bernd Vetter, der noch heute Bewohner dieser Eppendorfer Hochburg der hambur-

gischen Mietbewegung ist. Nun hat er zusammen mit der Jura-Professorin Eva Kocher einen Artikel unter der Überschrift **Haynstraße bleibt und lebt – seit 50 Jahren** verfasst und in der Ausgabe der Vierteljahresschrift für Recht und Politik »Kritische Justiz« publiziert. Den vollständigen Text zum [Downloaden](#).

Um einen anderen markanten Ort geht es in einem **neuen Buch** des Junius-Verlages: **Die Sternbrücke. Hamburgs letzter urbaner Ort**. Beeindruckend schöne, auch melancholische Fotos aus den Jahren 2018 bis Januar 2024 präsentiert Stephan Pflug in seinem Buch einordnende Beiträge haben Axel Bühler, der Vorsitzende des Vereins »Sternbrücke, aber richtig!«, und Kristina Sassenscheidt, die Geschäftsführerin des Denkmalvereins, verfasst. Das 96-seitige Buch mit über 80 Farbabbildungen kostet 24,90 Euro. Infos [hier](#).



Wer sich mal richtig ärgern möchte über den Alltag im renditeorientierten Alltag der Bundesrepublik, dem/der sei eine **dreiviertelstündige Dokumentation des NDR** zum österreichischen »Finanzjongleur« **René Benko** empfohlen. Es geht in der Sendung um **Kaufhäuser und verschwundene Millionen**, kurz den Zusammenbruch der SIGNA-Gruppe. Benko »selbst sagt«, so der NDR-Kommentar, »nach der Pleite müsse er nun mit 3.700 Euro im Monat auskommen und sei auf Unterstützung seiner Mutter angewiesen.«.





Bis 2030 soll die Obdach- und Wohnungslosigkeit auch in Hamburg abgeschafft werden. Zu diesem Ziel hat sich auch der Senat verpflichtet. Doch der Blick beispielsweise in die Umgebung des Hauptbahnhofs und Zustandsschilderungen aus St. Georg unterstreichen, dass die Verelendung einer immer größeren Anzahl in den letzten Jahren massiv zugenommen haben. Also noch sechs Jahre, um diesem Problem nachhaltig zu begegnen. Wenn schon Rot-Grün nicht in die Hufe kommen, die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat am 29. April einmal mehr und ausführlich erläutert, was nötig ist und betont: »Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg«. Also, lieber Senat, schreib dir die **Eckpunkte für einen Aktionsplan zur Überwindung der Obdach- und Wohnungslosigkeit in Hamburg bis 2030** hinter die Ohren, sonst wird das nichts.

Eine höchst informative Broschüre aus dem Bereich der Sozial- und Mietenpolitik hat die **Stuttgarter LINKE** vorgelegt: eine **Einführung in die Betriebs- und Heizkostenberatung**. Auf 60 Seiten werden Informationen und Tipps für eine »Solidarische Mieter\*innenarbeit in der Praxis« geliefert. Lesenswert ist auch die Einführung zur Frage, »Warum Sozialist\*innen Nebenkostenberatung machen?«



Kürzlich ist die neue **mobilogisch**, die vierteljährlich erscheinende **Zeitschrift für Ökologie, Politik & Bewegung** der Vereine FUSS und Umkehr erschienen. Beim Schwerpunktthema geht es um das Verhältnis von Verkehrswende und Kommunikation. **Positive Beispiele** aus Lausanne, Wien und Freiburg runden das Heft ab. Mehr unter [www.mobilogisch.de/](http://www.mobilogisch.de/)

Am **Donnerstag, den 30. Mai**, lädt die **Hamburger Stiftung Baukultur (HSBK)** ab 18.30 Uhr zu einer Veranstaltung mit dem **Fokus #Baustelle** ein. Zunächst besteht die kostenfreie Möglichkeit, vor dem Überseering 25 die Baustelle der U5 anzuschauen. Anschließend geht es dann ins Kasino des ehemaligen Shell-Gebäudes, wo das Forum zu diesen Aspekten startet: »Wie kann Gestaltung helfen, das Unvermeidbare angenehmer zu machen? Tauschen wir uns dazu aus und suchen gemeinsam einen konstruktiven Umgang mit Baustellen, sie begleiten uns in die Zukunft. Bringen Sie gerne Ihre Ideen, Anregungen und Projekte zum Thema Stadtumbau ein und nehmen Sie am Forum teil.« Hier das Programm.



Meinungsfreiheit? Damit ist es auch in unserem Land nicht immer weit her. Auf einer Veranstaltung der Universität Hamburg mit Unterstützung u.a. der GEW wird ebenfalls für **Donnerstag, den 30. Mai**, eingeladen zu einer Veranstaltung unter dem Titel **Berufsverbote wegen Gesellschaftskritik?** Es geht dabei einerseits um die »die unselige deutsche Historie der Berufsverbote vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik«. Zum anderen berichten zwei aktuelle Berufsverbotsopfer von ihren Fällen: der Lehramtsstudent Luca aus Hessen, dem wegen eines mutmaßlichen Angriffs auf einen Polizisten bei einer Demonstration der Antritt des Referendariats verweigert wird, sowie der Geograph Benjamin Ruß,



dessen Anstellung die TU München untersagt mit der Begründung, er strebe einen »Systemwechsel« an. Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr im Hörsaal H6 des Geomatikums (Bundesstraße 55).

**Die Gött\*innen sind im Imbiss**, so lautet der Titel einer neuen Theaterproduktion der GWA St. Pauli in Kooperation mit dem ABC Bildungszentrum. »Der Olymp ist **St. Pauli**, St. Pauli ist der Olymp. Dorthin hat es die Gött\*innen verschlagen, an die glaubt aber keiner mehr, nicht mal sie selbst...«. Die Geschichte handelt von Menschen, »die durch die Bedingungen eines Lebens im Kapitalismus getrieben, behindert, sehnsuchtsvoll, zweifelnd, liebend sind. Der Stadtteil wird zum magischen Ort fantastischer Bewohner\*innen, unerwarteter Hilfe und unvermuteter Gefahren. **Ein aktuelles, gesellschaftspolitisches Straßentheaterstück von und mit dem Stadtteil**, Spielort ist der Hein-Köllisch-Platz auf St. Pauli.« Die Premiere ist am **Samstag, den 1. Juni**, um 18.00 Uhr. Weitere Aufführungstermine: **2. Juni, 17.00 Uhr; 8. Juni, 18.00 Uhr, 9. Juni, 17.00 Uhr**. Reservierung unter Tel. 410 988 739 oder gwa-stpauli.de/stadtteil-kultur/stadtteiltheater/.

Einen **bundesweiten Aktionstag der Bewegung »Bildungswende jetzt«** gibt es am **Samstag, den 1. Juni**.

Lehrer\*innen-, Eltern- und Schüler\*innenverbände rufen auf, auf Deutschlands Straßen »für ein gerechtes, zukunftsfähiges und inklusives Bildungssystem, das auf die Zukunft vorbereitet«, einzutreten. Die vier Hauptforderungen lauten: Schule und Kita inklusiv und zukunftsfähig machen! Ausbildungsinitiative für Lehrer\*innen und Erzieher\*innen! Sondervermögen Bildung & ausreichende Finanzierung! Echter Bildungsgipfel auf Augenhöhe! Hier der komplette Forderungskatalog. In Hamburg startet die Demonstration am besagten 1. Juni um **14.00 Uhr auf dem Gänsemarkt**.

Am **Sonntag, den 2. Juni**, präsentieren nach mehrjährigen Dreharbeiten die Hamburger Filmer\*innen von KernTV – **Leslie Franke und Herdolor Lorenz** – ihre Dokumentation **»Sold City«**. Es geht in dem **Zweiteiler** um die dramatischen Veränderungen auf dem sog. Wohnungsmarkt. Denn seit die Gemeinnützigkeit des Wohnungsbaus fast überall in Europa aufgehoben wurde, gilt Wohnen nicht mehr als Grund- bzw. Menschenrecht. »Nun entscheidet der Markt, wo Menschen leben«, so der Ankündigungstext für die Premiere am Sonntag, den 2. Juni, um 16.30 Uhr im »Metropolis« (Kleine Theaterstraße 10). Allgemeiner Kinostart in Europa ist dann der 6. Juni. Mehr zu den beiden Teilen **»Eigentum statt Menschenrecht«** (102 min) und **»Enteignung statt Miete für die Rendite«** (102 min) unter [www.sold-city.org](http://www.sold-city.org). Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass die Linksfraktion die beiden Filme an den Abenden 27. September (1. Teil) und 1. Oktober (2. Teil), jeweils um 18.00 Uhr im Rathaus zeigt und ein Gespräch mit den beiden Filmemacher\*innen möglich macht. Mehr dazu in den kommenden Bürger\*innenbriefen.



Es ist wieder soweit: Am **Sonntag, den 9. Juni**, findet die diesjährige **Fahrradsternfahrt** unter dem Motto **Rad fahren – Klima schützen** statt. Nicht am dritten Sonntag im Monat, sondern eine Woche früher, »König Fußball hat Vorrang«, wie die Veranstalter\*innen melden. Und damit exakt am Tag der Neuwahl von

Bezirksversammlungen und Europäischem Parlament. Mit der Fahrradsternfahrt wird schon seit Jahrzehnten »für ein lebenswerteres Hamburg mit weniger Verkehrslärm, besserer Luftqualität und mehr Platz für sichere Fuß- und Radwege« demonstriert. Gut 80 Startpunkte, von denen aus die Sternfahrt beginnt. Die gemeinsame Abschlusskundgebung ist dann für 15.00 Uhr auf dem Rödingsmarkt/Willy-Brandt-Straße vorgesehen.



Mehr Infos zum Aktionstag unter <https://fahrradsternfahrt.hamburg/>

Vom **14. Juni bis 14. Juli 2024** steigt in Deutschland die **Fußballeuropameisterschaft** unter dem Motto »United by Football – Vereint im Herzen Europas«. Parallel dazu wird **vom 17. bis 21. Juni 2024 die Homeless EURO 2024 im Straßenfußball für wohnungslose Menschen in Hamburg** ausgetragen. Organisiert wird sie vom gemeinnützigen Verein »Anstoß! Bundesvereinigung für soziale Integration durch Sport e.V.«, unterstützt vom Straßenmagazin Hin&Kunzt und dem FC St. Pauli. Beteiligt sind Teams aus Litauen, Italien, Rumänien, Belgien, Schweden, Polen, Ungarn und Deutschland. Austragungsort ist die Fanzone auf dem Heiligengeistfeld. Mehr unter. Noch werden übrigens freiwillige Helfer\*innen gesucht!



Emblem der Homeless 2024 (<https://sozialsport.de/2024/05/10/homeless-euro-2024-hamburg/>)

Von der **Großdemonstration gegen Rechts am Freitag, den 7. Juni**, 16.00 Uhr, Ludwig Erhard Straße, war schon auf den Seiten 3 und 4 dieses »Bürger\*innenbriefes« zu lesen. Die Zubringerdemo der Gruppe »Klare Kante gegen Rechts« aus St. Pauli startet bereits um 14 Uhr im **Arrivati Park**.



Und zu guter Letzt sei noch auf den **Aktionstag der Kampagne Mietenstopp** hingewiesen. Er findet am **Samstag, den 15. Juni**, statt. Allerdings findet sich auf der zentralen Website keinerlei Hinweis zu etwaigen Hamburger Aktivitäten. Dennoch, die drei Hauptforderungen sind sicher gut und richtig: 1. Mieterhöhungen begrenzen, im Bestand flächendeckend für 6 Jahre. 2. Mietpreisbremse scharf stellen, inklusive Bestrafung von Mietwucher. 3. Klimaschutz und Wärmewende sozialverträglich gestalten, also faire energetische Gebäudesanierung. Vielleicht sammelt sich da ja noch was zusammen ...

## Gut zu wissen ...

... ist es, dass **Hamburgs Steuerfahnder\*innen** im vergangenen Jahr rund 98 Millionen Euro für die Stadt bei 2.812 Prüfungen eingefahren haben. Dazu Finanzsenator Andreas Dressel (SPD): »Auch wenn das manche in der Opposition nicht zur Kenntnis nehmen wollen: Die Hamburger Steuerverwaltung arbeitet mit Hochdruck daran, solchen professionellen Steuerräubern das Handwerk zu legen, die Tatbeute für die Allgemeinheit zu sichern und zurückzuholen« (Hamburger Morgenpost, online vom 19.3.24). Starke Worte.

Doch die Realität sieht doch noch anders aus, okay, sah zumindest Ende 2023 anders aus. Damals waren nämlich rund 100 Planstellen für Steuerfahnder\*innen in der Finanzbehörde unbesetzt – so viel zu Soll und Ist! »Die Unterbesetzung in der Behörde, so Die Linke, führe zu sinkenden Prüfquoten«, schrieb am 23. Oktober 2023 das Hamburger Abendblatt. »Bei Großbetrieben lag diese im Jahr 2022 bei 13,8 Prozent und erreichte damit einen historischen Tiefstwert – vor zehn

Jahren waren es noch mehr als 20 Prozent. Auch sehr Reiche mit besonders hohen Einkommen (ab 500.000 Euro im Jahr) habe es noch seltener getroffen – hier waren es nur noch 1,2 Prozent der Fälle. 2013 war diese Quote fünfmal so hoch«.

Wenn mit einer unterbesetzten Abteilung der Steuerprüfung bei einem Bruchteil der infrage kommenden Betriebsprüfungen fast 100 Millionen Euro generiert werden können, wie viel zusätzliches Geld für das Stadtsäckel kämen wohl zusammen, wenn ein Mehrfaches an Steuerprüfer\*innen unterwegs wäre? Und wie reden resp. schreiben hier nicht mal von einer der »Steueroasen« der Superreichen, wie z.B. den Caymaninseln.

Warum hat Hamburg also nicht schon vor Jahren Hunderte von Steuerfahnder\*innen eingestellt oder zumindest damit begonnen, sie auszubilden? Jede/r von ihnen wäre buchstäblich Gold wert und das eigene Einkommen gleich vielfach wieder einspielen! Warum nicht?

### Aus der Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion vom 13.10.2023 (Drs. 22/13145)

[www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/85130/die\\_finanzverwaltung\\_und\\_steueraufhaendigung\\_in\\_hamburg\\_dauerhaft\\_unterbesetzt.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/85130/die_finanzverwaltung_und_steueraufhaendigung_in_hamburg_dauerhaft_unterbesetzt.pdf)

**Frage 6:** Wie viele Betriebsprüfungen einschließlich bE-Fälle wurden 2022 und im Jahr 2023 bis zum Stichtag 30.6. jeweils durchgeführt? Bitte nach Betriebsgröße aufgeschlüsselt auflisten unter Nennung der absoluten Zahl und der Prüfquote, der dies bezogen auf die jeweilige Größenklasse entspricht.

**Antwort zu Frage 6:**

Tabelle 5

	2022		01.01.2023 – 30.06.2023	
	Anzahl	Prüfquote	Anzahl	Prüfquote
Großbetriebe	999	13,8 %	447	6,2 %
Mittelbetriebe	1.137	5,1 %	602	2,7 %
Kleinbetriebe	1.056	3,3 %	534	1,7 %
Kleinstbetriebe	1.723	1,0 %	962	0,6 %
bE	12	1,2 %	15	1,2 %

**Frage 10:** Wie viele Umsatzsteuer-Sonderprüfungen wurden 2022 und im Jahr 2023 bis zum Stichtag 30.6. jeweils durchgeführt? Welcher Prüfquote entspricht dies und in welcher Höhe wurden Mehrergebnisse erzielt?

**Antwort zu Frage 10:**

Tabelle 9

Jahr	Anzahl	Prüfquote	Mehrergebnis
2022	1.389	0,8 %	31.544.814 Euro
01.01.2023 – 30.06.2023	725	0,4 %	14.746.546 Euro

In diesem Zusammenhang ist sicher auch noch interessant zu wissen, dass die **Zahl offener Stellen bei der Freien und Hansestadt Hamburg** Mitte April 2024 bei sagenhaften 4.236 von insgesamt 58.998 liegt. Damit sind 7,1 % der Stellen bei den verschiedenen Behörden vakant. Im ver-

gangenen Jahr waren »nur« 4.046 Stellen nicht besetzt. Damit liegt ein Stück weit auf der Hand, warum die Schlangen in den Ämtern, die Bearbeitungszeiten bei Bauanträgen usw. eher länger werden (Hamburger Abendblatt, online vom 18.4.2024).

# Ansprache zum Internationalen Tag der Befreiung

Wenn es bisher schon noch nicht gelungen ist, den 8. Mai – den Internationalen Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg – in Hamburg zum Feiertag zu erklären, so lädt die Bürgerschaft seit vergangenem Jahr immerhin zu einer Feierstunde ins Rathaus ein.

## Aus der offiziellen Mitteilung der Hamburgischen Bürgerschaft zur Veranstaltung am 8. Mai 2024 im Rathaus

In einer Feierstunde im Hamburger Rathaus gedachte die Bürgerschaft heute der Befreienden und Befreiten der nationalsozialistischen Herrschaft. Der 8. Mai 1945 markiert das Ende des Zweiten Weltkriegs, die bedingungslose Kapitulation Deutschlands und die Befreiung zahlloser Opfer vom Nationalsozialismus.

Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit und Franciska Henning, Urenkelin des im Nationalsozialismus inhaftierten Georg Kieras, hielten Reden. Beide sprachen anschließend mit Zeitzeugin Peggy Parnass und Kultursenator Dr. Carsten Brosda.

»Wir Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft haben am 1. Juni 2022 beschlossen, den 8. Mai zum offiziellen Gedenktag zu machen. Dieser Schritt, darin sind sich alle demokratischen Parteien einig, war längst überfällig«, sagte **Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit**. »Wir dürfen nie aufhören zu gedenken und zu erinnern. Dabei sollten wir Debatten für die Zukunft anstoßen und unterschiedliche Sichtweisen verhandeln. Es ist unsere Verantwortung, die Erinnerung an die Befreiung zu bewahren und an Nachfolgenerationen weiterzugeben, die nicht mehr

in den direkten Dialog mit Zeitzeug\*innen treten können.«

**Franciska Henning, Urenkelin des während des Nationalsozialismus inhaftierten Georg Kieras**, ist Mitarbeiterin der KZ-Gedenkstätte Neuengamme: »Bei meiner täglichen Arbeit, geht es vor allem darum die Geschichte und das Wissen um die NS-Zeit zu bewahren. Doch indem wir Mitarbeiter von Gedenkstätten und Familienangehörige von Verfolgten dies tun, bewahren wir noch so viel mehr. Wir bewahren unsere erkämpfte Freiheit.«

**Zeitzeugin Peggy Parnass** betonte, wie wichtig es ihr sei, jungen Menschen von ihren Erfahrungen zu berichten: »Zu viele NS-Täter konnten in den Jahren danach einfach so weitermachen. Trotzdem ist es gut, dass wir diesen Tag heute feiern und daran erinnern was war und was nicht wieder passieren darf.« **Kultursenator Dr. Carsten Brosda**, betonte die Bedeutung der Erinnerung für die Gegenwart: »Als demokratische Gesellschaft ist es unsere Pflicht, die Geschichten der Befreiten und Befreienden zu bewahren, zu vermitteln und weiter zu tragen: Für eine Gemeinschaft, in der wir ohne Angst verschieden sein können.«

Die eigentliche Ansprache an diesem bedeutenden Gedenktag hielt Franciska Henning. Die 1993 geborene Masterabsolventin der Kunst- und Medienwissenschaften ist seit 2021 Mitarbeiterin im Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und ehrenamtlich engagiert im »Young Committee der Amicale Internationale KZ Neuengamme«. Diese junge, energiegeladene und sympathische Frau hat uns sehr beeindruckt. Und so sind wir dankbar, dass Franciska Henning uns den Text ihrer Rede für die Aufnahme im »Bürger\*innenbrief« zur Verfügung gestellt hat.

Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrter Herr Senator, liebe Frau Parnass, sehr verehrte Gäste!

Es klingt wie ein Feiertag. Der 8. Mai. An diesem Tag ehren wir die Freiheit. Freiheit bedeutet Sicherheit. Die Gewissheit, in einer Gesellschaft zu leben, in der ich ungeachtet meiner Hautfarbe, Herkunft, Sprache, Religion, Kleidung und Wohnsituation, unabhängig meines Bildungsstandes, meiner Sexualität oder meines Geschlechts wegen sicher und geborgen in einer friedvollen Gesellschaft leben kann. Dies ist ein Ziel, wofür es sich zu kämpfen lohnt.

Im Angesicht eines faschistischen Regimes, wie dem der Nazis, war der Kampf nach Freiheit und Gleichberechtigung eine Tat, die nicht selten mit dem eigenen Leben bezahlt wurde.

Georg Kieras, der Vater meines Opas, war im Widerstand. Bereits Ende Juni 1933 wurde er wegen der Zugehörigkeit zur SPD aus seinem Beruf entlassen. Er nutzte seine dadurch gewonnene Freizeit zur Verbreitung als illegal anerkannter Schriften. Hier ein kleiner Auszug aus einem der Flugblätter, die 1935 zu seiner Verurteilung wegen Vorbereitung zum Hochverrat führte:

»Die Situation erfordert von allen die Bereitschaft, bedingungslos mit jedem zu marschieren, der auch nur in dem einen Punkt mit uns einig ist: Brechung der Diktatur. Darum heißt unsere Kampfparole: Schwächung der braunen Diktaturfront mit allen Mitteln; Zusammenschweißung aller antifaschistischen Kämpfer unter der Parole: Nieder mit der Hitlerdiktatur, es lebe die Freiheit.«

Eine Aussage, die zu Beginn dieses Jahres Teilnehmende der Demonstrationen gegen die AFD teilten und die ich noch heute genau so gegen Faschisten aller Art verwenden will.

Im Oktober 1935 führten diese Worte dazu, dass mein Uropa zu vier Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt

wurde. Nur Jahre später wurden Kinder für dieselben Taten enthauptet, wie beispielsweise der Hamburger Helmut Hübener.

Mein Urgroßvater überlebte seine Haft. 1984 starb er in Canoas, Rio Grande do Sul, Brasilien. Denn er floh 1953 ans andere Ende der Welt, so weit weg aus Deutschland wie irgend möglich. Hier lebten noch immer dieselben Menschen, die ihn aller Rechte beraubt hatten, ohne dafür jemals zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Der Tag der Befreiung liefert den Startpunkt eines Kampfes um Anerkennung. Margit Hermannová beschrieb die Zeit nach ihrer Befreiung wie folgt: »Der Weg in ein neues Leben führte durch Ämter und Institutionen. Man stand stundenlang mit geschwollenen Beinen Schlange, um sich von einer Nummer wieder in Fräulein oder Frau Sowieso zurückzuverwandeln. Man half uns, viele brachten uns Verständnis und Mitleid entgegen – nicht alle – und man stellte uns Fragen, im Unterton schwang Sensationslüsternheit mit. Oft hieß es »Wieso hast du überlebt?« – als würde diese Tatsache einer Rechtfertigung bedürfen.«

Dabei waren die als jüdisch verfolgten Menschen und aus politischen Gründen Inhaftierten von der Mehrheitsgesellschaft vergleichsweise schnell als Opfer des NS-Regimes anerkannt. Weniger glücklich konnten sich jene Menschen schätzen, die Häftlingsgruppen angehörten, die noch bis heute negativ stigmatisiert werden. Es dauerte bis Februar 2020, bis von den Nazis als »Berufsverbrecher« oder »asozial« kategorisierte Menschen als Opfer des Nationalsozialismus angesehen wurden. Über Jahrzehnte hinweg hielt sich dabei der Gedanke, dass diese Menschen rechtmäßig inhaftiert gewesen wären. Dabei hätte ab dem 8. Mai 1945 klargemacht werden können, dass nichts, was in einem faschistischen Regime geschieht, eine Rechtmäßigkeit zugrunde liegt.

Eine weitere lange Zeit nicht anerkannte Opfergruppe, war jene derer, die wegen ihrer Sexualität verfolgt wurden. Der von den Nazis noch verschärfte Paragraph 175 blieb bis 1969 in seiner NS-Form bestehen und wurde erst 1994 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Opfer der Nazi-Verfolgung waren die wegen ihrer Sexualität in der NS-Zeit Inhaftierten damit aber nicht. Hier dauerte es bis 2002, bis sie Anerkennung erhielten.

Dies hatte folgenden Effekt für die Familien von Betroffenen: Sie kennen die Geschichten ihrer Familienangehörigen oft nicht. Die Betroffenen haben in der Regel nicht darüber gesprochen und die Familie geschwiegen. In Angehörigenorganisationen sind es häufig die Nachfahren aus



Franciska Henning nach ihrer Ansprache im Rathaus (Foto: M. Joho)

rassistischen und politischen Gründen verfolgter Personen, die noch immer die größten Stimmen und die aussagekräftigsten Dokumente haben. Ihre Geschichten wurden und werden immer gern gehört.

Ich selbst bin Urenkelin eines politisch Verfolgten und arbeite sowohl im Archiv der Gedenkstätte Neuengamme, als auch im Ehrenamt als Präsidentin des Young Committee der Amicale Internationale KZ Neuengamme täglich mit anderen Angehörigen zusammen. Wir unterstützen uns, ohne eine Kategorisierung in die alten Häftlingsgruppen. Dennoch bleibt bei mir die Frage: Hätte ich auch die Möglichkeit, heute hier zu sprechen, wenn ich die Urenkelin eines Berufsverbrechers wäre? Würde ich es überhaupt wissen?

Dennoch fühlt es sich gut an, zu wissen, dass ich von jemandem abstamme, der bereit war, für die Freiheit zu kämpfen. Egal ob am 3. oder 8. Mai, das Ende einer Diktatur gehört gefeiert. Der Beginn der Freiheit gehört gefeiert, und das jeden Tag aufs Neue. Bei meiner täglichen Arbeit geht es vor allem darum, die Geschichte und das Wissen um die NS-Zeit zu bewahren. Doch in dem wir Mitarbeiter von Gedenkstätten und Familienangehörige von Verfolgten dies tun, bewahren wir noch so viel mehr. Wir bewahren unsere erkämpfte Freiheit. Und das tun wir nicht mit Hass im Herzen und einer Drohung von Gewalt auf der Zunge, sondern mit Empathie in unserem Denken, Toleranz in unserem Handeln, Offenheit in unserem Lernen, Liebe in unseren Herzen und Frieden in unseren Wünschen für die Welt.

Ich danke Ihnen.

## Kulturtipp

Manchmal fällt es schwer, eine Auswahl für den Kulturtipp im Bürger\*innenbrief vorzunehmen. So auch für diese Ausgabe. Geben wir also mal wieder zwei Empfehlungen ab.

Die eine trägt den wenig prosaischen Titel **»10 Jahre – 100 Abende«** und ist der Veranstaltungsreihe des Ledigenheimes in der Rehhoffstraße gewidmet. Wir hatten die beiden, seit 2011 engagierten Inspirator\*innen und unglaublichen Organisator\*innen dieses Wohnprojekts, Antje Block und Jade Jacobs, schon einmal als Gastautor\*innen im BB dabei. Aus Anlass des zehnjährigen Jubiläums der von Friedrich Block ebenso empathisch verantworteten Veranstaltungsreihe findet am **Freitag, den 31. Mai**, um 19.00 Uhr nun die 100. Benefiz-Lesung statt, mit großem Bahnhof. Beteiligt sind u.a. Carmen Korn, Petra Oelcker, Tina Uebel, Regula Venske und Michael Weber. Für die im Kleinen Michel (Michaelisstraße 5) stattfindende Veranstaltung wird um Anmeldung gebeten: Tel. 29 81 38 88, E-Mail [anmeldung@stiftungros.de](mailto:anmeldung@stiftungros.de). Mehr dazu unter [www.stiftungros.org/termine/](http://www.stiftungros.org/termine/). Und, um's nicht zu vergessen: Herzlichen Glückwunsch zum Lesungsjubiläum!



Werbung für die Ledigenheim-Lesung am 31. Mai

Keine ganz so lange Geschichte hat die Aktion **»Denk Mal Am Ort«** (DMAO). Erst seit einigen Jahren wird diese neue Form des Gedenkens in den Städten Frankfurt, Berlin, München und eben Hamburg erprobt. Es geht dabei um eine persönliche Erinnerung an einen Menschen oder eine Familie, die während der NS-Zeit verfolgt wurde. Und dafür wird an Orte gegangen, wo eben diese Menschen gelebt bzw. gewirkt haben. Am **Wochenende 1./2. Juni** finden in unserer Stadt insgesamt an 14 Orten Lesungen, Besichtigungen oder Vorträge statt, um an Menschen zu erinnern, die während der



Ankündigungsflyer für den 1./2. Juni

NS-Zeit ausgegrenzt, verfolgt, deportiert oder ermordet wurden. Aktiv beteiligt sind Nachbar\*innen, Vereine und Nachfahren von Opfern des NS-Terrors. Petra Michalski z.B. erinnert in Eimsbüttel an ihren Stiefgroßvater Dr. Mátyás Plesch (1.6., 11.00 Uhr); es geht in Blankenese um die Künstlerin Ida Dehmel (1.6., 13.00 Uhr), um die von Steffi Wittenberg besuchte Israelitische Töchterschule im Karolinenviertel (1.6., 13.00 Uhr) sowie Fußballer des St. Pauli-Turnvereins Max Kulik (Ausstellungsführung, 2.6., 12.00 Uhr). Alle Veranstaltungen sind kostenfrei. Das Gesamtprogramm gibt es [hier](#). ♦

Mit diesem Bürger\*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg